

Offener Brief an die Stadträtinnen und Stadträte Leipzigs

**Für die Einführung einer Verpackungssteuer –
Leipzig sauber, gerecht und nachhaltig gestalten**

Sehr geehrte Damen und Herren,

**Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland e.V.
Leipzig**

Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
+49(0) 341 9899 1050

kontakt@bund-leipzig.de
www.bund-leipzig.de

als Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Leipzig wenden wir uns mit großer Sorge an Sie: Die aktuelle Diskussion um die Einführung einer Verpackungssteuer in Leipzig droht, eine historische Chance für mehr Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Sauberkeit zu vertun.

Als BUND Leipzig führen wir seit 2018 Projekte zur Förderung von Mehrweg in der Gastronomie durch. In diesem Rahmen haben wir mit über 300 Gastronomiebetrieben gesprochen und sie bei der Umsetzung von Mehrweglösungen begleitet. Dabei haben wir eine zentrale Erkenntnis gewonnen: Freiwilligkeit bietet zu wenig Anreiz, um der gesetzlichen Mehrwegangebotspflicht tatsächlich nachzukommen – geschweige denn, um einen echten Systemwandel anzustoßen.

Es ist daher umso verwunderlicher, dass der BUND Leipzig bei der Erarbeitung des vorliegenden Konzepts nicht einbezogen wurde, obwohl die Stadtverwaltung das Gegenteil behauptet. Das Konzept verweist zwar auf unsere Arbeit und kopiert unsere Vorgehensweise, möchte diese aber nun in Zusammenarbeit mit der DEHOGA umsetzen – einem Lobbyverband der Gastronomiewirtschaft. Unsere Erkenntnisse aus jahrelanger Projekterfahrung werden dabei ignoriert.

Um die Erkenntnisse unserer jahrelangen Arbeit in die Debatte um die Verpackungssteuer einfließen zu lassen, wenden wir uns heute an Sie.

1. Warum die Verpackungssteuer notwendig ist – und was sie wirklich leistet

a) Umweltbelastung senken, nicht Einnahmen maximieren

Die Verpackungssteuer ist kein Instrument zur dauerhaften Einnahmengenerierung, sondern ein Lenkungsinstrument, um Einwegverpackungen zu reduzieren und Mehrwegsysteme zu fördern. Das Ziel ist, dass die Einnahmen langfristig sinken – weil weniger Müll anfällt. In Tübingen sank die Nutzung von Einwegverpackungen in den Betrieben im Mittel um 61 Prozent. 17 Prozent der Betriebe verzichteten seitdem ganz auf Einwegverpackungen. Auch in Konstanz konnte seit Einführung der Verpackungssteuer eine Reduktion des Abfallgewichts im öffentlichen Raum um knapp 5 Prozent gemessen werden. Da Einwegverpackungen im Vergleich zu anderen Abfällen sehr leicht sind, ist diese Entwicklung besonders positiv zu bewerten. Leipzig sollte diesen Weg gehen – nicht (nur) aus finanzpolitischen Gründen, sondern aus ökologischer Verantwortung.

b) Gerechtigkeit: Verursacher*innen zahlen, nicht die Allgemeinheit

Aktuell tragen alle Steuerzahlenden die Kosten für die Entsorgung von Einwegverpackungen unabhängig davon, ob sie diese nutzen. Die Verpackungssteuer sorgt dafür, dass die Kosten dort anfallen, wo sie entstehen: bei Produzent*innen und Konsument*innen von Einweg. Das ist gerecht und schafft Anreize für nachhaltiges Handeln.

c) Unternehmen unterstützen und die Umstellung auf Mehrweg fördern

Jede Veränderung bringt einen gewissen Aufwand und auch Kosten mit sich. Die Verpackungssteuer bietet der Stadt Leipzig die Möglichkeit, die Gastronomiebranche finanziell bei der Umstellung auf Mehrweg zu unterstützen. Die Städte Tübingen, Konstanz und Freiburg haben gezeigt, dass ein über die Verpackungssteuer finanziertes Förderprogramm den Unternehmen bei der Umstellung hilft und die Akzeptanz steigert. Dabei wurde auch deutlich, dass eine Förderung ohne Verpackungssteuer deutlich weniger gefragt war – erst im Zusammenspiel stieg die Anzahl der Betriebe, die auf Mehrweg umstellten.

d) Leipzig sauberer machen – und Kosten sparen

Die Stadtreinigung Leipzig verzeichnet ein wachsendes Abfallaufkommen und einen jährlichen Fehlbetrag von 471.000 €. Die Verwaltungsvorlage listet die Einführungskosten der Verpackungssteuer auf, ohne die zu erwartenden Einnahmen gegenzurechnen. Überschlagen anhand der Einwohnerzahl Tübingens ergäben sich für Leipzig jährliche Einnahmen von rund 6,4 Mio. €, bei einmaligen Einführungskosten von ca. 452.000 €. Diese Gegenrechnung fehlt in der Vorlage vollständig.

2. Die Mehrwegangebotspflicht wird nicht umgesetzt – Freiwilligkeit funktioniert nicht

Seit Januar 2023 sind Gastronomiebetriebe gesetzlich verpflichtet, Mehrwegalternativen für Speisen und Getränke anzubieten. Dieses Gesetz wird in Leipzig flächendeckend nicht umgesetzt und nicht kontrolliert. Aus unserer Beratungsarbeit mit über 300 Betrieben wissen wir: Der Wille ist oft vorhanden, die Umsetzung scheitert ohne wirtschaftliche Anreize. Die „Mehrwegoffensive“ setzt weiterhin auf Freiwilligkeit – denselben Ansatz, den wir bereits erprobt haben. Er reicht nicht aus.

Hinzu kommt: Das Konzept der Stadtverwaltung konzentriert sich zunächst nur auf Mehrwegbecher. Dabei macht die Verpackung von Speisen rund 80 Prozent des gastronomischen Einwegmülls aus ([Quelle: NABU, 2018](#)). Die Hauptursache der Vermüllung unserer Stadt wird dabei ignoriert.

3. Warum die „Mehrwegoffensive“ allein nicht ausreicht

a) Fehlende Finanzierung und begrenzte Reichweite

Die geplanten 139.000 € aus der Tourismusförderung decken nur einen Bruchteil der Kosten für ein flächendeckendes Mehrwegsystem – und das auch nur im Innenstadtbereich und zunächst nur für Becher. Ohne die Verpackungssteuer fehlen die Mittel, um das System auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten und langfristig zu tragen. Es fehlen zudem vollständige Angaben zu den laufenden Kosten für Logistik und zentrale Spülung und zur Frage, wer diese dauerhaft trägt.

b) Keine Anreize für Betriebe – kein Systemwandel

Die „Mehrwegoffensive“ setzt auf freiwillige Teilnahme. Der Vorschlag, Betriebe könnten selbst einen Kostenaufschlag auf Einwegverpackungen erheben, schafft sogar einen wirtschaftlichen Anreiz, weiterhin Einweg herauszugeben – da damit Mehreinnahmen generiert werden können, die nicht zweckgebunden sind. Das ist das Gegenteil des angestrebten Ziels. Dazu kommt, dass die „Mehrwegoffensive“ zeitlich befristet ist und keine messbaren Erfolgsindikatoren aufweist. Was geschieht danach?

c) Risiko der Insellösung

Ein lokal begrenztes Mehrwegsystem im Innenstadtbereich wird den Anforderungen einer wachsenden Stadt nicht gerecht. Tourist*innen und Geschäftsreisende werden Pfandbecher kaum zurückgeben, was die Effektivität des Systems senkt. Bundesweit sind bereits Mehrwegangebote wirtschaftlich etabliert, die nicht auf städtische Grenzen begrenzt sind. Die „Mehrwegoffensive“ würde ein lokal begrenztes System schaffen, dessen Wirtschaftlichkeit nicht belegt ist – und dabei bestehende Strukturen gefährden, die zivilgesellschaftliche Akteurinnen wie der BUND Leipzig und die Stadtreinigung Leipzig in jahrelanger Arbeit aufgebaut haben.

4. Offene Fragen und ein notwendiger Hinweis auf die Entstehung dieses Konzepts

Wir können nicht unerwähnt lassen, unter welchen Umständen das vorliegende Konzept entstanden ist. Mit Beschluss vom 21. Mai 2025 (Vorlage VIII-DS-00753-NF-01) hat der Stadtrat der DEHOGA bereits 139.500 € bewilligt – für Maßnahmen, die unserem Projekt entsprechen, darunter der Einführung eines Mehrweg-Pools für „Volksfeste“. Ein Thema, zu dem wir als BUND Leipzig bereits im Vorjahr in konkreten Gesprächen mit der Stadtverwaltung waren. Statt auf die vorhandene zivilgesellschaftliche Expertise zurückzugreifen, wurden diese Mittel einem Lobbyverband zugesprochen und das bevor der Stadtrat überhaupt über das vorliegende Gesamtkonzept entschieden hatte. Das Konzept verweist ausdrücklich auf die Kommunikationsstrukturen unseres Projekts „Allerlei To Go“ als Grundlage, plant diese aber durch die DEHOGA umzusetzen. Unsere Erkenntnisse aus der Projektarbeit und zivilgesellschaftliche Expertise wird dabei ignoriert und Geld aus der knappen Stadtkasse stattdessen an einen Wirtschaftslobbyverband weitergereicht.

Daraus ergeben sich folgende Fragen an die Stadtverwaltung:

- **Transparenz:** Wie kam es dazu, dass Gelder aus der Tourismusabgabe bereits im Mai 2025 der DEHOGA bewilligt wurden (Vorlage VIII-DS-00753-NF-01), bevor der Stadtrat über das Gesamtkonzept entschieden hatte? Gab es eine Förderrichtlinie, und warum wurden die Mittel nicht für ein umfassenderes, stadtweites Projekt unter Einbeziehung der bereits aktiven Partner*innen genutzt?
- **Fehlende Expertise:** Warum wurden keine Expert*innen aus Kommunen wie Tübingen, Konstanz oder Freiburg einbezogen. Und warum wurde der BUND Leipzig übergangen, der seit Jahren gemeinsam mit der Stadtreinigung Leipzig an diesem Thema arbeitet?
- **Unvollständige Kosten-Nutzen-Analyse:** Die Informationsvorlage stellt nur die Verwaltungskosten der Steuer dar nicht aber die Einnahmen und die langfristigen Einsparungen. Warum wurde diese Gegenüberstellung nicht vorgenommen?
- **Soziale Gerechtigkeit:** Die Argumentation, die Verpackungssteuer belaste einkommensschwache Gruppen, ignoriert, dass die aktuellen Entsorgungskosten bereits alle Bürger*innen treffen unabhängig vom ihrem Konsumverhalten. Wie will die Stadt sicherstellen, dass sozial benachteiligte Gruppen nicht übermäßig belastet werden?
- **Finanzielles Risiko:** Die Stadt Freiburg verfolgt seit Anfang 2026 einen ähnlichen Ansatz. Parallel zur Verpackungssteuer gibt es allerdings ein Förderprogramm. Für das Leipziger Modell ohne diese Instrumente liegen keinerlei vergleichbare Erfolgsmessungen vor. Warum wird dieses finanzielle Risiko eingegangen?
- **Repräsentativität der Umfrage:** Die in der Vorlage zitierte IHK-Umfrage aus Reutlingen basiert auf Rückmeldungen von lediglich 41 von 191 kontaktierten Unternehmen. Auf welcher Grundlage wird daraus eine belastbare Aussage über die Belastung der Betriebe abgeleitet?

- **Mehrwegangebotspflicht:** Wie sollen Betriebe die gesetzliche Pflicht zum Angebot von Mehrwegalternativen erfüllen, wenn die „Mehrwegoffensive“ sich zunächst nur auf Becher konzentriert? Ohne ein umfassendes System drohen ihnen doppelte Kosten für Einweg- und Mehrweglösungen.

5. Unser Appell: Mut zur Verpackungssteuer – für ein sauberes Leipzig!

Die Verpackungssteuer ist kein Allheilmittel, aber ein notwendiger Baustein für eine nachhaltige Abfallpolitik. Die Erfahrungen anderer Städte und unsere eigene Arbeit in Leipzig bestätigt es: Nur mit klaren Instrumenten gelingt der Wandel.

Wir fordern Sie auf:

- **Halten Sie an der Einführung der Verpackungssteuer fest – nicht als Einnahmequelle, sondern als Instrument für weniger Müll und mehr Sauberkeit.**
- **Unterstützen Sie die Gastronomiebetriebe, indem die Einnahmen gezielt für die Förderung bestehender Mehrwegsyste~~m~~e genutzt werden – wie in Tübingen, Konstanz und Freiburg erprobt.**
- **Beziehen Sie vorhandene Expertise ein und bauen Sie auf den Strukturen auf, die gemeinsam mit der Stadtreinigung Leipzig bereits geschaffen wurden.**
- **Schaffen Sie klare Anreize für Betriebe, um die Umstellung auf Mehrweg zu erleichtern.**
- **Stellen Sie sicher, dass die Kosten transparent und gerecht nach dem Verursacherprinzip verteilt werden.**

Leipzig hat die Chance, Vorreiter für eine saubere, gerechte und nachhaltige Stadtpolitik zu werden. Lassen Sie uns diese Chance nutzen – für eine Stadt, in der weniger Müll anfällt, positive Initiativen von Unternehmen gefördert werden und alle fair zu den Kosten beitragen.

Für Rückfragen und Gespräche stehen unsere Expert*innen jederzeit zur Verfügung.

- Mirko Schimmelschmidt, Projektkoordinator unserer Mehrweg-Projekte seit 2021: mirko.schimmelschmidt@bund-leipzig.de / 01520 7278294
- Lisa Falkowski, Vorständin des BUND Leipzig: lisa.falkowski@bund-leipzig.de / 01736753725

Mit freundlichen Grüßen
BUND Leipzig